

## Notenumlauf und Metallschak.

Der erste Ausweis seit dem Beginne des Krieges.

Wien, 19. Dezember.

Der Bericht unserer Notenbank erzählt von den Gewissenskämpfen in der Leitung. Der Umlauf des Papiergeldes war schon im zweiten Kriegsjahre stark vermehrt und die verantwortlichen Persönlichkeiten, die das Wächteramt über den Wert des Geldes haben, mußten sich fragen, ob sie an der Verschlechterung durch Widerstandslosigkeit mitschuldig werden dürfen. Wer diese Zeit mit ihren Schrecken und Größenverhältnissen durchlebt hat, wird sich nicht leicht entschließen, eine Nachgiebigkeit zu tadeln, die schon aus der Sorge über den Einbruch der Feinde, über die Gefahren für das Hinterland und über die Ausbreitung des Krieges zu erklären ist. Mit halter Nachprüfung heute, da sich alles glücklich wendet, untersuchen, was ein Lucam im ähnlichen Zwiespalt getan, wie er seine Pflicht gegen den Staat erfüllt und dennoch die Bevölkerung vor den zerstörenden Wirkungen der gesunkenen Kaufkraft geschützt hätte, wäre ungerecht und nutzlos. Er hatte auch seine Krisen und mußte sogar die Ausgabe von Staatsnoten hinnehmen. Die Bank hat sich gefügt und das Versprechen gegeben, über Verlangen für die Bedürfnisse der beiden Regierungen durch Ausgabe von Papiergeld mit staatlichen Schuldverschreibungen als Deckung aufzukommen. Sie konnte damals nicht wissen, zu welcher Kühnheit die Kreditpolitik aller Länder in diesem Kriege sich erheben werde. Die Möglichkeit einer siebenten Kriegsanleihe mit Zeichnungen von sechs Milliarden für Oesterreich und mit etwa drei Milliarden für Ungarn ahnte niemand. Ob die Bank, wenn sie nicht schon zwei Jahre durch ihr Wort gebunden wäre, jetzt noch, da sie die Fülle des freigewordenen Kapitals überblickt, den Regierungen so vorbehaltlos sich hingeben würde, ist zweifelhaft. An die Zusage wurde eine Bedingung geknüpft, die für die gegenwärtige Finanzpolitik besonders wichtig ist. Die Noten sollten das letzte und nicht das nächste Auskunftsmittel sein, Rettung in beengten Augenblicken und nicht tägliche Gewohnheit. Einrichtungen sollten getroffen werden, daß die an den Sammelstellen des Geldes sich häufenden Noten sofort in die öffentlichen Klassen zurückkehren. Ist dieses Wort eingelöst worden, hat die Bank ihre Noten erst dann ausgefolgt, wenn kein anderer Weg gangbar war? Es fällt schwer, zu glauben, daß diese schweigende Duldsamkeit fortgesetzt wurde, als vom Mai in diesem Jahre bis zum November, was nie vorher geschehen ist, viermal die Forderung gestellt wurde, je anderthalb Milliarden zu bewilligen. Sechs Milliarden in sechs Monaten, dieses Ereignis hat unsere Währung erschüttert und der Gouverneur spricht vom Ernste der Lage.

Die Bank hat verlangt, daß die umlaufenden Noten mit der größten Schnelligkeit in die Staatskassen fließen, damit die Ausgabe neuen Papiergeldes beschränkt werde. Fast achtzehn Milliarden an Noten werden für die erste Woche im Dezember ausgewiesen und die Bank hat jetzt kein Mittel, das Geld, das ihren Schalter verläßt, wieder zurückzubekommen. Der Zinsfuß im Leihgeschäfte, bei Wechseln und Pfändern ist sonst das Werkzeug, wodurch die Bank das Geld anziehen oder abstoßen kann; der Zinsfuß gibt ihr die Macht, zerstreute Noten heranzulocken und den von ihr bestimmten Zwecken dienstbar zu machen. Sie kann das Geld in die feinsten Haardröthen des Verkehrs hineinleiten oder aus ihnen herausholen. Diese Gewalt hat sie nicht mehr, ihre Herrschaft ist verloren. Das regelmäßige Leihgeschäft ist zusammengeschrumpft und der Zinsfuß bildet

sich außerhalb der Notenbank, bei den Kreditinstituten und im offenen Markte. Die Notenbank kann im Kriege wenig tun, um die Sammlung der flüssigen Mittel zu beschleunigen. Die Geldquelle für die Regierung ist sie noch, aber nicht mehr für das Publikum, und neben ihr als Wettbewerb sind die achtzehn Milliarden, welche sie ausgegeben hat und woraus die Kreditbedürftigen schöpfen können. Die Bank ist in den meisten Fällen vom Einflusse auf den Zinsfuß ausgeschlossen. Das Steuer ist zerbrochen.

Nun müßte die Regierung die Führung übernehmen. Sie hat es der Bank versprochen und diese Bedingung für das zugestandene Recht auf Notendarlehen angenommen. Wie kann sie es anfangen? Durch eine Kreditpolitik, welche Einfluß auf die Bewegungen der achtzehn Milliarden nicht allein bei den feierlichen Kriegsanleihen, sondern im täglichen Umlauf zu gewinnen sucht. Die Macht über den Zinsfuß, die der Notenbank entrisen worden ist, muß auf die Finanzverwaltung übergehen. Das ist die tiefere Bedeutung der in beiden Häusern des Reichsrates aufgeworfenen Frage, ob kurzfristige Schatzwechsel die Geldmittel anziehen könnten, die jetzt zur Deckung der Kriegskosten nicht verfügbar sind. Die Zinsfußpolitik ist gegenwärtig zum größten Teile bestimmt von den Leistungen der Finanzinstitute für die Einlagen und die sonstigen Guthaben des Publikums. Der Staat kann sich dabei nicht zu Gehör bringen, weil bei den Anordnungen für Geschäfte mit innerer Notwendigkeit auch Rücksichten maßgebend sein müssen, die den Zwecken der Finanzverwaltung günstig sein können, aber nicht sein müssen. Der Zinsfuß, den die Finanzverwaltung braucht und den die Finanzinstitute ihren Kunden bewilligen, können sich weder begrifflich noch tatsächlich immer decken. Die Finanzverwaltung sollte, da die Notenbank versagt, den Herrschaftsstab über den Zinsfuß in die Hand nehmen, ihren eigenen Zinsfuß haben. Das kann ihr nur gelingen, wenn sie stets im Markte ist, stets die mannigfachen Bedürfnisse nach vorübergehender und rasch zu wechselnder Anlage nützigen Geldes befriedigt. Dann wird sie den Leihpreis nach den Erfordernissen der Staatsgeschäfte regeln, nach dem Wunsche, die weitere Vermehrung der Noten zu verhüten.

Der Gouverneur bemerkt in seinem Berichte, daß es beim Ernste der Lage eine der wichtigsten Aufgaben sei, mit allem Nachdrucke darauf zu bestehen, daß keine weitere Vermehrung des Notenumlaufes zugelassen werde. Die metallische Unterlage des Papiergeldes ist, wenn die ausländischen Verbindlichkeiten der Bank abgezogen werden, rund neunhundert Millionen in Gold, eine Summe, die als Eckstein für den Wiederaufbau der Zukunft dienen kann, aber, prozentuell gemessen an den achtzehn Milliarden, uns die Schwierigkeiten zeigt, welche die Friedensarbeit zu bewältigen haben wird. Der Gouverneur hat in seinem Berichte mit Recht darauf hingewiesen, daß die Monarchie eine Goldrücklage in den fremden Wertpapieren habe, die in unserem Besitze sind. England hat darin die mächtigste Stütze seiner Währungspolitik gefunden und sogar, als die überzahlte Freiwilligkeit nicht ausreichte, sich zum Verkaufszwang entschlossen. Aber die unmittelbare Pflicht ist nicht die Finanzpolitik, durch die unser Goldbestand wieder angefüllt werden könnte, sondern das Droffeln des Notenabflusses, der durch seine Wirkungen alle Verhältnisse des Lebens erschwert. Wir hatten in früherer Zeit die Salinen, eine kurzfristige Schuld, mit einem Rückschlag auf das Einströmen und Ausströmen der ehemaligen Staatsnoten. Viele Milliarden der jetzigen Banknoten sind nach ihrem Ursprunge verkleidete Staatsnoten. Der Zinsfuß soll nicht verstaatlicht, aber auch nicht entstaatlicht werden. England und Deutschland sind mit dem täglichen Geldbedarfe in beständiger Fühlung; auch im Frieden. Die Finanzpolitik braucht es im Kriege noch mehr.